Neue Gemeinschaftsunterkunft für 60 Asylbewerber

14.10.2015 09:52 von Kevin Phillipp

Neue Gemeinschaftsunterkunft für 60 Asylbewerber

(Bad Düben/Wsp/kp). Der Bad Dübener Stadtrat hat sich in geheimer Abstimmung mit 11:4 Stimmen (eine Enthaltung) mehrheitlich für eine fünfjährige Verpachtung einer 3.000 m2 großen Fläche im Stadion Durchwehnaer Straße entschieden. Hier soll eine Gemeinschaftsunterkunft für 60 Asylsuchende entstehen. Der Abstimmung war eine hitzige und sehr emotionale Diskussion vorangegangen. Der Umzug der Stadtratssitzung in den Speiseraum der Heide-Grundschule war die richtige Entscheidung. Weit über 100 interessierte Bürger wohnten der Veranstaltung bei – darunter auch Vize-Landrat Ulrich Fiedler (SPD) und mit Sven Keyselt der Migrationsbeauftragte des Landkreises. Stadtchefin Astrid Münster (FWG) erklärte die Entwicklung. Ursprünglich seien neun Standorte für derartige Unterkünfte infrage gekommen – vier davon gingen baurechtlich nicht. „Weitere zwei Flächen fielen raus, weil wir uns gegen eine Bestandsimmobilie entschieden haben, die aus wirtschaftlichen Gründen länger als fünf Jahre hätte betrieben werden müssen“, sagte Münster. Beim Stadion seien nach Auffassung des Stadtrats die Ängste der Bevölkerung am wenigsten beeinflusst. Die Bürgermeisterin verdeutlichte abermals: „Der Stadtrat kann jedoch selbst entscheiden, wo er die Menschen unterbringt. Treffen wir keine Entscheidung, können Privateigentümer Immobilien anbieten, die das Landratsamt dann annehmen kann.“ Darüber hinaus gebe es eine Vereinbarung mit dem Landkreis, nicht gegen den Willen der Stadt Flächen zu kaufen bzw. zu pachten. Nach mehrfach geäußerten Bedenken der Besucher meldete sich Mike Kühne (CDU) zu Wort: „Glauben Sie mir, Ihre gewählten Vertreter sind sich auch nicht einig. Hier ist jede Meinung vertreten. Jedoch müssen wir schauen, was für Bad Düben am besten ist. Entweder wir entscheiden, welcher Standort am geeignetsten ist oder wir lassen andere entscheiden. Das wollen wir alle nicht.“ Vor der Beschlussfassung verlas Astrid Münster noch eine Erklärung, die nun in den Postfächern des Bundeskanzleramts, der beiden nordsächsischen Bundestagsabgeordneten sowie der Staatskanzlei landen wird. Darin fordert die Stadt unter anderem Antworten auf die Frage, wie man gewährleisten will, dass nur noch Menschen mit Asylgrund in unsere Stadt kommen. Zudem forderte man schnellere Asylverfahren. „Ich möchte Sie aufrufen, der Erklärung zu folgen“, bat Vize-Bürgermeister Gisbert Helbing (CDU) die Gäste. „Das Schlimmste für Bad Düben wäre, wenn die Stadt auch einen Duktus erhält wie andere sächsische Orte. Wir werden mit unserer Integrationsarbeit alles dafür tun, dass es hier gesittet bleibt“, sagte Münster. Es gäbe darüber hinaus eine weitere Vereinbarung mit dem Landratsamt: „Wer sich nicht an die Regeln hält, geht zurück in die Erstaufnahmeeinrichtung. Schließlich bieten wir den Flüchtlingen in den Wohnungen schon einen gewissen Komfort, den sie schätzen sollten“, sagte Münster.